

# Städtisches Know-how stärkt die Schweizer Politik

Autor(en): **Oetliker, Sybille**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **109 (2012)**

Heft 3

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839837>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Städtisches Know-how stärkt die Schweizer Politik

Der Schweizerische Städteverband (SSV) gibt den Schweizer Städten eine Stimme. Er koordiniert ihre Anliegen und macht sich dafür stark, dass ihre Bedeutung als wichtige politische Akteure auf nationaler Ebene wahrgenommen wird.

Die Schweiz verstädert: Heute leben beinahe drei Viertel der Schweizer Bevölkerung in Städten, Agglomerationen und städtischen Gemeinden. In diesen urbanen Gebieten werden 84 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes erbracht. Nirgends manifestieren sich gesellschaftliche Entwicklungen schneller und unmittelbarer als dort.

Städte sind daher von fast allen politischen Fragen stark betroffen. Der SSV vertritt ihre Anliegen in Politik und Öffentlichkeit und bringt spezifisch urbane Positionen ein. So setzt sich der Verband etwa in der Raumplanung für die Förderung von verdichtetem Bauen ein oder verlangt in der Verkehrspolitik, dass der Agglomerationsverkehr vom Bund angemessen finanziell unterstützt wird. In der Diskussion um die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen haben sich die Städte dafür stark gemacht, dass die sozio-demografischen Sonderlasten adäquat abgegolten werden. Dazu hat der SSV im Januar 2011 zwei Studien publiziert, welche die spezifischen Lasten der Städte – die 1,4-mal höher sind als diejenigen nicht-urbaner Gemeinden – sowie Kostenverlagerungen vom Bund zu Kantonen und Gemeinden dokumentieren.

## Grosse sozialpolitische Erfahrung

Einen Schwerpunkt der politischen Aktivitäten des SSV bildet die Sozialpolitik. Hier arbeitet der SSV eng mit seiner Sektion Städteinitiative Sozialpolitik zusammen. In diesem Bereich verfügen die Städte über

grosse Erfahrung und Kompetenz, und es gibt kaum Aufgaben, in die Städte nicht direkt oder indirekt involviert sind. Sozialhilfe, Eltern- und Drogenberatung, Frühförderung, Integrationsprogramme für sozial Benachteiligte und Migrantinnen und Migranten sind nur einige Themen, in denen Städte und städtische Gemeinden eine wichtige Rolle spielen. Ihre Exekutiven und Behörden tragen somit wesentlich zum Funktionieren des schweizerischen

Sozialstaates und zum Erhalt von Wohlstand und sozialem Frieden bei.

Konkret haben sich die Städte etwa für die Weiterführung der Anstossfinanzierung für Kinderkrippen durch den Bund engagiert. In seiner Stellungnahme zum Bericht des Bundes zur Zukunft der 2. Säule hat der SSV auf die Problematik des Kapitalbezugs der Pensionskassengelder hingewiesen. Im Weiteren sind die Städte in den vom Bundesrat initiierten Muslim-



Ob Verkehr, Raumplanung oder Sozialpolitik: Die Städte sind von fast allen politischen Fragen betroffen.

## PLATTFORM

Die ZESO bietet ihren Partnerorganisationen diese Doppelseite als Plattform an: in dieser Ausgabe dem Schweizerischen Städteverband.

dialog involviert. Sie haben sich auch dafür eingesetzt, dass jugendlichen Papierlosen der Zugang zur Berufslehre ermöglicht wird. Diese Forderung fand im eidgenössischen Parlament eine Mehrheit und soll nun in Form einer Verordnungsanpassung pragmatisch umgesetzt werden.

In der Asylpolitik ist die städtische Erfahrung ebenfalls gefragt. Der SSV wurde kürzlich von der staatspolitischen Kommission des Ständerates zur Asylgesetzrevision angehört. Während sie Massnahmen zur Beschleunigung der Asylverfahren und des Vollzugs begrüssen, lehnen die Städte, genauso wie die Kantone, die Einführung der Nothilfe für alle Asylsuchenden ab.

### Bundesverfassung stärkt Städte

Dass die Städte ihr Wissen vermehrt in die nationale Politik einbringen, ist angesichts ihrer Bedeutung nur folgerichtig und für sachgerechte Lösungen zwingend. Selbstverständlich ist diese Entwicklung jedoch nicht. In vielen Städten sind Doppelman-

date verboten, weshalb nur wenige Mitglieder städtischer Exekutiven im eidgenössischen Parlament politisieren – ein Umstand, der sich bis heute erschwerend für die städtische Einflussnahme auf Bundesebene auswirkt. Zudem wurden die Städte lange Zeit nicht konsequent in die politischen Prozesse miteinbezogen, da die Kantone im föderalen System der Schweiz als alleinige institutionalisierte Partner des Bundes galten. Die Bedeutung der Städte wurde erst anfangs 2000 mit dem Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung explizit anerkannt. Mit Artikel 50 enthält sie einen eigentlichen Städteartikel, der verlangt, dass der Bund bei seinem Handeln «die möglichen Auswirkungen auf die Gemeinden» beachtet und dabei Rücksicht «auf die besondere Situation der Städte und der Agglomerationen sowie der Berggebiete» nimmt.

### Mit dem Bund auf Augenhöhe

In der Folge gründeten der Bundesrat, die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) und der SSV 2001 die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) zur Entwicklung einer einheitlichen Agglomerationspolitik. Bund, Kantone und die kommunale Ebene bilden dabei erstmals eine gleichberechtigte Partnerschaft.

Innerhalb der TAK ist die Integrationspolitik zu einem wichtigen Arbeitsfeld geworden. Zusammen mit dem Bundesamt für Migration, den Kantonen sowie dem Schweizerischen Gemeindeverband ist der SSV derzeit an der Realisierung eines Integrationsdialoges mit der Wirtschaft beteiligt. Ziel ist es, die Wirtschaft für die Bedeutung von Integrationsmassnahmen zu sensibilisieren und sie für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

### Gesamtschau zeigt Reformbedarf

Im Sinne einer gesamtheitlichen Sicht strebt der SSV auf Bundesebene schliesslich eine umfassende Bestandesaufnahme und Reform der Sozialversicherungen an. Mit einer Gesamtschau will er Doppelspurigkeiten eliminieren und die Zuständigkeiten der einzelnen Versicherungen klar definieren. Dies soll vermeiden, dass Sparprogramme beim Bund zu einer Kostenverschiebung zulasten der Kantone und Gemeinden führen. Von solch einer Reform versprechen sich die Städte einerseits mehr Effizienz und Kosteneinsparungen,

Schweizerischer Städteverband  
Union des villes suisses  
Unione delle città svizzere



Der Schweizerische Städteverband (SSV) vertritt die Anliegen der urbanen Schweiz in Politik und Öffentlichkeit. Er wurde 1897 gegründet und zählt heute 125 Städte, Agglomerationen und urbane Gemeinden in der ganzen Schweiz zu seinen Mitgliedern. Der SSV umfasst die fünf Sektionen Städteinitiative Sozialpolitik, Städteinitiative Bildung, Städtekonferenz Kultur, Städtekonferenz Mobilität und Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren. In der Städteinitiative Sozialpolitik sind die Sozialvorsteherinnen und -vorsteher sowie die leitenden Angestellten der städtischen Sozialbehörden von rund 60 Städten organisiert. Sie setzt sich für ein kohärentes System der sozialen Sicherung und eine gute Zusammenarbeit von Städten, Bund und Kantonen ein und publiziert jährlich den Kennzahlenbericht zur Sozialhilfe in 13 Schweizer Städten. Zur Geschäftsstelle des SSV in Bern gehört auch die Organisation Kommunale Infrastruktur. Sie wird vom SSV gemeinsam mit dem Schweizerischen Gemeindeverband betrieben und engagiert sich für ein nachhaltiges Management der kommunalen Infrastrukturen.

[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)  
[www.staedteinitiative.ch](http://www.staedteinitiative.ch)

andererseits eine möglichst gute Betreuung der Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen, so dass diese ihren Alltag weiterhin selbstständig meistern können.

Dem SSV ist es in den letzten Jahren gelungen, den Städten, Agglomerationen und Gemeinden in der nationalen Politik vermehrt Gehör zu verschaffen. Davon profitiert letztlich die ganze Schweiz: Städte stehen für pragmatische politische Lösungen jenseits parteipolitischer Ideologien ein, die das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger zum Ziel haben. ■

Sybille Oetliker

Schweizerischer Städteverband

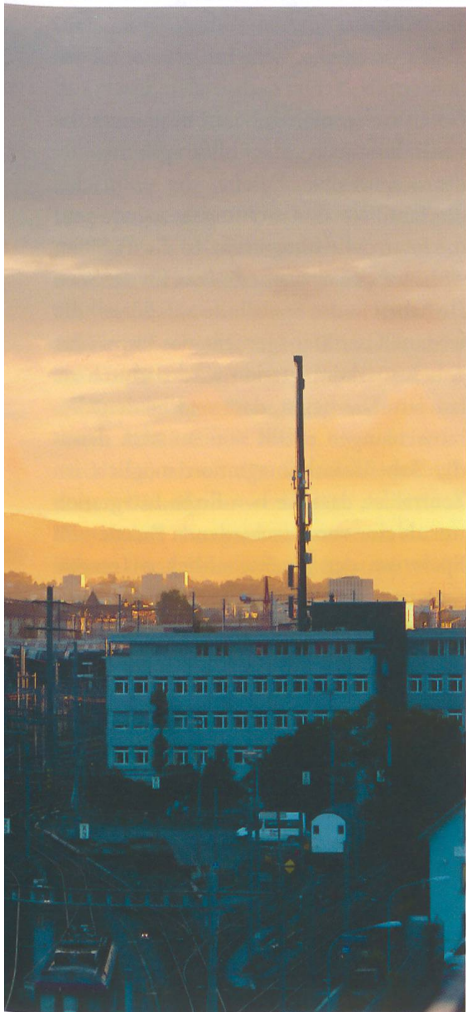


Bild: pixsil